

Absender:

An das
Amtsgericht Kempten (Allgäu)
- Familiengericht –
Residenzplatz 4-6
87435 Kempten (Allgäu)

Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach dem Gewaltschutzgesetz

Hinweis: Dieses Formular ist zu wählen, wenn der Antrag für **Sie selbst** und/oder Ihre **Kinder**, deren **Vater nicht der Antragsgegner** ist, gestellt werden soll.

Antragsteller:

(Alle Felder sind auszufüllen)

Anrede	
Name	Vorname
geb. am	Staatsangehörigkeit
Straße, Hausnummer	☐ Für einen eventuellen Termin wird ein Dolmetscher für die Sprache _____ benötigt ☐ Für einen eventuellen Termin wird kein Dolmetscher benötigt
PLZ, Wohnort	
Gegenwärtiger Aufenthalt (falls vom Wohnort abweichend) ! Sehr wichtig !	
Telefon ! Sehr wichtig !	

Minderjährige im Haushalt des Antragstellers lebende Kinder:

Name, Vorname	Geburtsdatum	Wohnort	Beziehung zum Antragsgegner
			☐ Elternteil ☐ Kein Elternteil des Kindes
			☐ Elternteil ☐ Kein Elternteil des Kindes
			☐ Elternteil ☐ Kein Elternteil des Kindes
			☐ Elternteil ☐ Kein Elternteil des Kindes
			☐ Elternteil ☐ Kein Elternteil des Kindes

☐ Ich stelle diesen Antrag auch für folgende Kinder:

Hinweis: Sollten Sie für **leibliche Kinder** des Antragsgegners den Antrag stellen wollen ist der Antrag auf Erlass eines **Näherungsverbots** auszufüllen

gegen

Antragsgegner:

Anrede	
Name	Vorname
geb. am	Staatsangehörigkeit
Straße, Hausnummer	☐ Für einen eventuellen Termin wird ein Dolmetscher für die Sprache _____ benötigt ☐ Für einen eventuellen Termin wird kein Dolmetscher benötigt
PLZ, Wohnort	
Gegenwärtiger Aufenthalt (falls vom Wohnort abweichend) ! Sehr wichtig !	
Telefon ! Sehr wichtig !	

Maßnahmen:

A § 1 Gewaltschutzgesetz (GewSchG)

Der Antragsgegner hat es zu unterlassen:

- ☐ die Wohnung in (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort) _____ zu betreten
- ☐ sich im Umkreis von _____ Metern der Wohnung in (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort) _____ aufzuhalten
- ☐ sich folgenden Orten zu nähern:
 - ☐ Arbeitsplatz des Antragstellers in _____
 - ☐ Wohnung der Eltern in _____
 - ☐ Arbeitsplatz der Eltern in _____
 - ☐ Wohnung der Verwandten in _____
 - ☐ Arbeitsplatz der Verwandten in _____
 - ☐ _____
- ☐ ein Zusammentreffen mit dem Antragsteller herbeizuführen. Sollte es zu einem zufälligen Zusammentreffen kommen, hat sich der Antragsgegner unverzüglich zu entfernen.
- ☐ Mit dem Antragsteller Kontakt aufzunehmen über:
 - ☐ Anrufen
 - ☐ Ansprechen
 - ☐ SMS
 - ☐ E-Mail
 - ☐ Soziale Netzwerke (WhatsApp, Instagram, Facebook, ...)
 - ☐ _____
- ☐ Den Antragsteller auf andere Art und Weise beeinträchtigen:
 - ☐ Bedrohen
 - ☐ Verletzen
 - ☐ Misshandeln
 - ☐ Demütigen
 - ☐ Einsperren
- ☐ _____

B § 2 Gewaltschutzgesetz (GewSchG)

- ☐ Der Antragsgegner hat:
 - ☐ die gemeinsam genutzte Wohnung in (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort) _____ dem Antragsteller sofort zur alleinigen Benutzung zu überlassen
 - ☐ die Wohnung sofort zu verlassen
 - ☐ dem Antragsteller sämtliche zur Wohnung gehörenden Schlüssel herauszugeben
- ☐ Als Termin zur Abholung der persönlichen Gebrauchsgegenstände wird vorgeschlagen (Datum): _____ (Haushaltsgegenstände dürfen nur in vorheriger Zustimmung des Antragstellers entfernt werden)
- ☐ Dem Antragsgegner ist es untersagt das Mietverhältnis zu kündigen

Dem Antragsgegner wird für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen die vorstehend aufgeführten Unterlassungsverpflichtungen die Festsetzung von Ordnungsgeld bis zur Höhe von 250.000,00 €, ersatzweise für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, Ordnungshaft von bis zu 6 Monaten, angedroht.

Im Folgenden ist der Antrag zu begründen:

- ☐ Zur Schilderung des aktuellen Vorfalls verweise ich auf die beigelegte Anlage
- ☐ Ich habe am _____ Anzeige bei der Polizei wegen _____ erstattet. Diese betrifft den aktuellen Vorfall:
Die Vorgangsnummer lautet: _____
- ☐ Die Polizei hat ein Kontaktverbot gegenüber dem Antragsgegner wegen des aktuellen Vorfalls bis zum _____ ausgesprochen.
- ☐ Die Polizei hat ein Betretungsverbot/Platzverweis der Wohnung für den Antragsgegner wegen des aktuellen Vorfalls bis zum _____ ausgesprochen
- ☐ Ich lebe mit dem Antragsgegner dauerhaft zusammen.
 - ☐ Ja, seit dem _____
 - ☐ Ja, aber seit dem _____ nicht mehr.
 - ☐ Nein
- ☐ Vor dem nachfolgend geschilderten konkreten Vorfall gab es bereits Probleme.

Der Antragsgegner hat mich in der Vergangenheit

- ☐ Beleidigt
Wann genau: _____
Wie häufig: _____
Welche Worte: _____
- ☐ Gestalkt/Nachgestellt
Wann genau: _____
Wie häufig: _____
Art und Weise: _____

- ☐ Bedroht

Wann genau: _____

Wie häufig: _____

Art und Weise: _____

- ☐ (sexuell) belästigt

Wann genau: _____

Wie häufig: _____

Art und Weise: _____

Verletzungen: _____

- ☐ Körperliche Gewalt

Wann genau: _____

Wie häufig: _____

Art und Weise: _____

Verletzungen: _____

- ☐ _____

Wann genau: _____

Wie häufig: _____

Art und Weise: _____

Verletzungen: _____

- ☐ **Aktueller Vorfall:**

! Zwingend und so genau wie möglich angeben !

Wann genau fand der aktuelle Vorfall statt: _____

Wo fand er genau statt: _____

Was genau ist vorgefallen:

(z.B. körperliche Gewalt durch Schlagen womit wohin, durch Boxen, Schubsen wogegen usw., werfen mit welchen Gegenständen; verbale Bedrohung mündlich oder/ und in Form von SMS, Telefon usw. mit welchem Inhalt, Beleidigungen mit welchem Inhalt usw.)

[illegible]

☐ Weitere Begründung siehe Beiblatt

☐ Ich reiche folgende Anlagen als Beweise ein:

- ☐ Ärztliches Attest vom _____
- ☐ Anrufliste
- ☐ Chatverlauf
- ☐ Bilder von _____
- ☐ _____
- ☐ _____

☐ Ich habe von folgenden Strafvorschriften Kenntnis genommen:

§ 156 StGB Eidesstattliche Versicherung

Wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung falsch abgibt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung falsch aussagt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

In Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung nach den § 156 StGB wird die Richtigkeit des vorgenannten Sachverhalts an Eides Statt versichert.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben versichere ich an Eides statt.

Ort, Datum, Unterschrift

§ 161 StGB Fahrlässiger Falscheid; fahrlässige falsche Versicherung an Eides Statt

Wenn die in § 156 StGB bezeichnete Handlung aus Fahrlässigkeit begangen worden ist, so tritt Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe ein.

In Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung nach den § 161 StGB wird die Richtigkeit des vorgenannten Sachverhalts an Eides Statt versichert.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben versichere ich an Eides statt.

Ort, Datum, Unterschrift